

\*\*\*\*\*

## **Liebe Leserinnen und Leser,**

wieder einmal ist der BBU-Newsletter randvoll mit Infos aus der unabhängigen Anti-Atomkraft- und Umweltschutzbewegung. Viele spannende und wichtige Themen konnten leider nicht aufgenommen werden. Deutlich wird: Engagement ist vielerorts erforderlich – auch und gerade in der „Sommerpause“.

Wer (noch) nicht in den Urlaub fährt oder auf Reisen geht, wird gebeten, zu Hause oder unterwegs möglichst viele Einsprüche gegen den drohenden Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) zu sammeln. Den BBU-Sammeleinspruch findet Ihr hier:

<http://www.bbu-online.de/Einwendungen/BBU-Almelo-Einspruch%20Sommer%202011.pdf>

Foto: Eine der vielen Demonstrationen gegen die UAA Almelo (April 2005).



*Die Newsletter-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern eine angenehme Sommerzeit.*

## **1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle**

### **Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE Spende ...**

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

### **Bündnis Bahn für Alle**

Das Bündnis „Bahn für Alle“ hat einen neuen Internetauftritt: <http://www.bahn-fuer-alle.de>. Dem Bündnis gehört auch der BBU an.

### **BBU-Pressemitteilungen**

Aktuelle Pressemitteilungen des BBU, sowie früher erschienene, kann man hier nachlesen: <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

### **Hans Günter Schumacher verabschiedet**

Über 44 Jahre war Hans Günter Schumacher ehrenamtlich engagiert. Fast 30 Jahre davon war er „Kopf, Herz und Hand“ der Deutschen Umweltstiftung, wie es Jörg Sommer, sein Nachfolger als Vorstandsvorsitzender der ältesten deutschen Bürgerstiftung formuliert.

Anfang des Jahres ist Hans Günter Schumacher aus Altersgründen aus dem Vorstand der Deutschen Umweltstiftung ausgeschieden, leitete aber einige Projekte noch weiter, so u. a. den bekannten [AKW-Gefährdungsatlas](#), der nun in einer dritten, brandaktuellen Auflage erschienen ist.

*Aus einer Pressemitteilung der Deutschen Umweltstiftung vom 05.07.2011,*

[http://www.deutscheumweltstiftung.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=245:hans-guenter-schumacher-verabschiedet&catid=36:pressemeldungen&Itemid=215](http://www.deutscheumweltstiftung.de/index.php?option=com_content&view=article&id=245:hans-guenter-schumacher-verabschiedet&catid=36:pressemeldungen&Itemid=215).

*Die Deutsche Umweltstiftung ist eine BBU-Mitgliedsorganisation.*

Hans Günter Schumacher war Mitte der 70er Jahre Vorstandsmitglied des BBU und von 1978 bis 1980 Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes. Der heutige BBU-Vorstand und das BBU-Team wünschen Hans Günter noch viele gesunde und engagierte Jahre in seinem Unruhestand.

## **2. Themenbereiche**

### **Anlagensicherheit**

#### **Entwicklungen in der Anlagensicherheit – ein Veranstaltungsbericht**

Am 31.5.2011 fand mit über 100 Teilnehmern die Fachveranstaltung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV NRW) zum Thema „Schwerpunkte und neue Entwicklungen in der Anlagensicherheit“ statt. Für die Arbeit von Bürgerinitiativen waren dabei insbesondere die folgenden Themen von Bedeutung:

Die Technische Regel für Anlagensicherheit (TRAS) "Vorkehrungen und Maßnahmen wegen der Gefahrenquellen Niederschläge und Hochwasser" berücksichtigt als erste relevante Norm die Anpassung an den Klimawandel. Die dort aufgeführten technischen Vorkehrungen und Anforderungen an das Management werden zukünftig bei jedem Betriebsbereich zu beachten sein. Die TRAS steht kurz vor ihrer Fertigstellung.

Zwischen Biogasanlagen und dem Störfallrecht entstehen immer mehr Berührungspunkte, da Biogas in die Liste der gefährlichen Stoffe der Störfall-Verordnung einzustufen ist. Welche Pflichten erfüllt werden müssen, hängt von der vorhandenen Gasmenge ab. Zu ihrer Berechnung hat NRW mit Datum vom 25.5.2011 einen Erlass herausgegeben.

Auch der BBU war mit einem Vortrag vertreten. Da es bei der Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung in der Vergangenheit erhebliche Probleme gegeben hat, erarbeitet ein Arbeitskreis der Kommission für Anlagensicherheit derzeit hierzu einen Leitfaden. Ihr Vorsitzender Oliver Kalusch gab einen Überblick über die Problematik, einen Einblick über die Zusammenhänge zwischen Störfallrecht, Abfallrecht und Chemikalienrecht und zeigte Möglichkeiten zur Problemlösung auf.

Die Unterlagen zur Veranstaltung einschließlich der Downloads der Vorträge sind zu finden unter [http://www.lanuv.nrw.de/veroeffentlichungen/presse/2011/2011-06-01\\_Anlagensicherheit.htm](http://www.lanuv.nrw.de/veroeffentlichungen/presse/2011/2011-06-01_Anlagensicherheit.htm)

### **Einsprüche gegen die Vertiefung des Kalksteinbruchs im hessischen Großenlüder**

Gegen den Antrag der Firma Zement- und Kalkwerke Otterbein GmbH & Co KG zur Vertiefung des Kalksteinbruchs im hessischen Großenlüder haben u. a. der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND, Kreisverband Fulda und Landesverband Hessen) Einsprüche erhoben. Die Einsprüche wurden fristgerecht im Rahmen des offiziellen Planfeststellungsverfahrens beim zuständigen Regierungspräsidium Kassel, Nebenstelle Bad Hersfeld, eingereicht.

Der BBU beantragt in seinem Einspruch die Durchführung eines Erörterungstermins und dessen Bekanntmachung mindestens einen Monat vor seiner Durchführung.

Der BUND kommt aufgrund der bestehenden Mängel und Ermittlungsdefizite in seiner 40seitigen Stellungnahme ebenfalls zu dem Fazit, dass das beantragte Vorhaben nicht genehmigungsfähig ist. Neben den bestehenden Defiziten wie beispielsweise bei der Betrachtung von Luftverunreinigungen und Lärm ist die Umweltverträglichkeitsuntersuchung in wesentlichen Teilen unvollständig und kann daher nicht Gegenstand einer positiven behördlichen Entscheidung sein. Außerdem wäre im Hinblick auf die unzureichende Standsicherheit eine Genehmigung des Planänderungsantrags aufgrund der Gefährdung des FFH-Gebietes „Kalkberge bei Großenlüder“ nicht mit europäischem Recht vereinbar. Gemäß des BUND sind diese Mängel so offensichtlich, dass das Verfahren mit einem Versagensbescheid zu beenden ist.

Dass der Antrag der Zement- und Kalkwerke (ZKW) Otterbein auf Vertiefung ihres Kalksteinbruchs und Grundwasserabsenkung zu versagen ist, begründet auch die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder in ihrer Einwendung.

Zum Schutz der biologischen Vielfalt haben auch Münsterländer Umweltschützer einen Sammeleinspruch beim Regierungspräsidium in Kassel eingereicht.

Weitere Informationen zu dem geplanten Ausbau des Kalksteinbruchs Großenlüder gibt es bei der Bürgerinitiative [www.pro-grossenlueder.de](http://www.pro-grossenlueder.de).

*Auszug aus einer Gemeinschafts-Pressemitteilung (BBU + BUND + BI) vom 27.07.2011, nachzulesen unter <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>. Die Bürgerinitiative Pro Großenlüder ist eine BBU-Mitgliedsinitiative.*

## **Atomindustrie**

### **Uranabbau stoppen**

(UB) Uranabbau erfolgt nicht (mehr) bei uns vor der Haustüre, wird aber in vielen Ländern betrieben. Die Atomindustrie setzt auf vermehrten Uranabbau, z. B. in Tschechien <http://www.sz-online.de/Nachrichten/Politik/articleid-2813039> und in Indien

[http://www.greenpeace-](http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=55&tx_ttnews[tt_news]=115805&tx_ttnews[backPid]=23&cHash=3acdca783c1fd2b6ede1b11af06b05b9)

[magazin.de/index.php?id=55&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=115805&tx\\_ttnews\[backPid\]=23&cHash=3acdca783c1fd2b6ede1b11af06b05b9](http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=55&tx_ttnews[tt_news]=115805&tx_ttnews[backPid]=23&cHash=3acdca783c1fd2b6ede1b11af06b05b9). Gegen den Uranabbau engagiert sich u. a. das uranium-network, <http://www.uranium-network.org>, das über MENSCHENRECHTE 3000 <http://www.menschenrechte3000.de> im BBU organisiert ist.

### **Endlagersuche: St. Florian und Wunschdenken – BI kritisiert FDP-Politiker**

Das vor der parlamentarischen Sommerpause angekündigte Unterfangen, auch in der Endlagersuche bundesweit einen neuen Anlauf zu nehmen, verfängt sich aus Sicht der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) schon vor dem Neustart im "landespolitischen Gestrüpp".

"Dieses Mal brilliert der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, Dr. Hans-Ulrich Rülke, mit einem frei phantasierten Kenntnisstand der Situation in Gorleben", merkt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke an.

"Aufgrund der verstrichenen Zeit, aufgrund der enormen Investitionen dort und aufgrund des ja schon fortgeschrittenen Informationsstands wäre es aus meiner Sicht nach wie vor das Beste, wenn man in Gorleben zu dem Ergebnis kommen könnte, dort ist der Standort optimal geeignet und wir bauen das Endlager in Gorleben", sagte Rülke im Interview mit dem SWR am 22.Juli.

Derartige Kenntnislücken hätten in der Vergangenheit vor allem bayrische CSU-Politiker ausgezeichnet.

“Hier paaren sich das St. Floriansprinzip und Wunschdenken: alle Negativbefunde zu Gorleben werden ignoriert, um nicht doch später mit der Endlagersuche im eigenen Bundesland befasst zu sein”, kommentiert die BI. Aussagen über eine Eignung müssten im Übrigen in einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren verhandelt werden, das in Gorleben nie eröffnet wurde. “So bleibt der peinliche Hinweis auf die in Gorleben bereits getätigten Investitionen: Geld geht also vor Sicherheit. Aber so einfach wird in der Endlagersuche niemand mehr durchkommen”, prophezeit die BI. Wolfgang Ehmke, Tel. 0170 510 56 06 (od. 05863 98 30 76)

Quelle: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell-bw/-/id=98428/did=8359534/pv=video/nid=98428/ik1puo/>  
Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 24.07.2011, <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/pressemitteilungen/endlagersuche-st-florian-und-wunschdenken>.  
Die Bürgerinitiative ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

### **Atomkraftgegner demonstrieren vor der Gronauer Urananreicherungsanlage**

Mit einer Mahnwache haben Gronauer Atomkraftgegner am heutigen Dienstagnachmittag vor der Zufahrt zur Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) für deren sofortige Stilllegung demonstriert. Anlass war der Störfall in der Anlage, der sich zwar schon am Samstag ereignet hatte, der aber erst am Montag den Behörden und der Öffentlichkeit mitgeteilt worden war. Bei dem Vorfall wurde anlagenintern radioaktives Uranhexafluorid freigesetzt. Es wurde bisher nicht offiziell mitgeteilt, um welche Freisetzungsmenge es sich gehandelt hat. 2010 wurde erstmals ein Arbeiter in der Anlage verseucht.

Nach dem jüngsten Störfall in der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage hatte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bereits vor der Mahnwache von der NRW-Landesregierung einschneidende Konsequenzen gefordert. „Das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium ist die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde für die Gronauer Uranfabrik. Minister Voigtsberger muss dem Betrieb der Anlage endlich einen Riegel vorschieben. Es genügt nicht, bei jedem neuen Störfall in der Anlage vom Betreiberkonzern Urenco eine schriftliche Stellungnahme zu erbitten. Der Anlage müssen alle Genehmigungen entzogen werden“, so der BBU.

Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, der auf Bundesebene im BBU organisiert ist, besteht inzwischen seit 30 Jahren. Er verfügt über internationale Kontakte zu Anti-Atomkraft-Initiativen in verschiedenen Ländern, engagiert sich grundlegend auch gegen den Uranabbau im Niger, in Kanada und in anderen Ländern, und fordert gemeinsam mit dem BBU die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Bundesweit werden derzeit Einsprüche gegen den Ausbau der niederländischen Schwesterfabrik in Almelo gesammelt. Sammeleinsprüche gibt es im Internet unter [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de)

Weitere Informationen über die Gefahren der Urananreicherung gibt es im Internet unter [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de). Informationen über den niederländischen Widerstand gegen die Urananreicherungsanlage in Almelo gibt es unter [www.enschedevoorvrede.nl](http://www.enschedevoorvrede.nl).

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 26.07.2011; <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>.

### **Riss im Widerstand?**

Einen “Konfrontationskurs” zwischen Bäuerlicher Notgemeinschaft und BI Umweltschutz vermutet die Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ) vom 28.07.11. Die unterschiedliche Haltung zur industriellen Massentierhaltung würde einen Keil zwischen die großen Widerstandsgruppen getrieben. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage.

Meinungsunterschiede in der Sache bzw. in der Frage, ob man sich zum Konflikt zwischen Gegnern und Befürwortern der Massentierhaltung positioniert, mag es geben, einen “Keil” aber, der da zwischen Notgemeinschaft und BI getrieben würde und Auswirkungen auf die Geschlossenheit in Sachen Gorleben und Atomkraft, hätte, können wir nicht erkennen. Hier die Stellungnahme der BI zu dem Thema im Wortlaut, die der EJZ vorlag:

Vollständiger Text: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/pressemitteilungen/riss-im-widerstand>.  
Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ist eine Mitgliedsinitiative des BBU. Weitere Infos unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.

### **Sa 13.08.2011 • 14 Uhr • Demo von Kirchheim/N. Bahnhof zum AKW Neckarwestheim II**

„Es reicht nicht, nur die ältesten Atomreaktoren in Deutschland vom Netz zu nehmen. Und das bis zur Entscheidung über die “Kaltreserve” sogar nur auf Abruf. 9 Atomkraftwerke, u. a. Neckarwestheim Block II, haben gar eine Laufzeitgarantie mit politisch ungestörtem “Normalbetrieb” von durchschnittlich rund 10 weiteren Jahren erhalten, bis Ende 2022 □ Verlängerung nicht ausgeschlossen! Doch alle Risiken und Gefahren bestehen Tag für Tag fort. Deshalb muss Block II, der als letztes AKW in der BRD vor über 20 Jahren 1989 ans Netz gegangen ist, ebenfalls sofort abgeschaltet und für immer stillgelegt werden.“

Aus dem Demonstrationsaufruf <http://www.endlich-abschalten.de/aufruf.html>, der auch vom BBU unterstützt wird. Dem Trägerkreis gehört die BBU-Mitgliedsinitiative Bund der Bürgerinitiativen mittlerer Neckar an: [www.bbmn.de](http://www.bbmn.de)

## **Chemieindustrie**

### **EEB legt Stellungnahme zum Entwurf der Seveso-III-Richtlinie vor**

Ende letzten Jahres hat die EU-Kommission einen Entwurf zur Novellierung der Seveso-II-Richtlinie eingebracht. Mit der Seveso-III-Richtlinie soll das Recht der Sicherheit von Chemieanlagen in Europa neu geordnet werden.

Hierzu hat das Europäische Umweltbüro (EEB) nun ein Positionspapier veröffentlicht. Das „EEB Briefing on the Proposal for Seveso III (European Parliament & Council) wurde unter wesentlicher Beteiligung der BBU-Experten in der Kommission für Anlagensicherheit erstellt.

Besonders kritisch sehen EEB und BBU die konkreten Pläne der Kommission zur Anpassung der Seveso-Richtlinie an das Chemikaliensystem GHS (Globally Harmonized System). Dieser Vorschlag würde zu einem Rückschritt gegenüber der bisherigen Richtlinie führen. Manche Betriebsbereiche würden weniger Pflichten erfüllen müssen, andere würden ganz aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie fallen. EEB und BBU fordern hingegen eine Ausweitung des Anwendungsbereichs: Krebserregende, mutagene und reproduktionstoxische Stoffe sollten in die Liste der Gefährlichen Stoffe aufgenommen werden. Dies gilt auch für viele Substanzen, die unter REACH als besonders besorgniserregend eingestuft sind.

Dass verschiedene Anlagen, z.B. Pipelines weiterhin vom Anwendungsbereich ausgenommen werden, ist angesichts der schweren Unfälle in der Vergangenheit nicht zu rechtfertigen. Erhebliche Defizite werden in der Stellungnahme auch bei den Feldern „Major Accidents Prevention Policy“, Information und Beteiligung der Öffentlichkeit, Zugang zu Gerichten, Land-use-Planning und Inspektionen aufgezeigt.

Das 16 Seiten umfassende Dokument ist in der Liste der EEB-Publikationen bei <http://www.eeb.org/index.cfm/library/> mit Datum vom 8. Juni 2011 zum Download bereitgestellt.

*Oliver Kalusch, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied*

## CO2-Endlagerung

### **CCS: Gigantische CO2-Endlager in Deutschland geplant**

„Systematisch und hinter dem Rücken der Bevölkerung leiten Politik und Industrie das nächste Endlagerproblem in die Wege: die kommerzielle CO2-Endlagerung. Informationen zu den Standorten werden wie Staatsgeheimnisse gehütet, das wahre Ausmaß der CO2-Verpressung wird verheimlicht“, so Karsten Smid von Greenpeace.

Hier zwei Links zu den Planungen:

<http://www.geos.ed.ac.uk/scsccs/Pipeline-scoping-CCS-Europe-Arup.pdf>

<http://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/111111111/15100/1/Idna24565enn.pdf>

Das sogenannte CCS-Gesetz wurde am 07.07.11 vom Bundestag verabschiedet. Am 23. September soll es endgültig vom Bundesrat beschlossen werden. Das Gesetz wird von der Bundesregierung als Forschungs- und Demonstrationsgesetz „verkauft“.

Sind die „Demonstrationsanlagen“ aber erst einmal gebaut und werden sie 2018 von den Betreibern als „dicht“ bezeichnet, können die Konzerne die großindustrielle Verpressung von CO2 einschließlich Quecksilber, Arsen, Blei, Dioxine usw. einklagen, denn dann wurden ja bereits Milliarden-Investitionen getätigt. Für große Teile der Bundesrepublik haben Konzerne bereits Konzessionen zur Errichtung von Endlagern erhalten, z. B. E.on für 17 Landkreise in Bremen und Niedersachsen.

In Deutschland wird in Pilot-Abscheideanlagen CO2 mit Hilfe von hochgiftigen Aminen abgeschieden: EnBW benutzt Amine bei der Abscheide-Pilotanlage in Heilbronn, E.on, z.B. bei der Abscheide-Pilotanlage Staudinger. In dem Gesetzentwurf wird zwar schon der Pipelinebau, nicht aber die CO2-Abscheidung geregelt, obwohl ungeheure Mengen CO2 aus den Rauchgasen der Kohlekraftwerke abgeschieden werden müssen.

Auch jede Gas-Bohrung und jede Geothermie-Bohrung kann zum CO2-Endlager werden.

Das Umweltbundesamt, der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, viele andere Experten sowie fast alle Umweltschutzverbände (außer der WWF!) warnen, dass CCS gefährlich, teuer und nicht erforderlich ist. Keine Versicherung will CCS versichern. Gemäß Artikel 4 der EU-Richtlinie kann die Bundesrepublik CO2-Endlager auf ihrem gesamten Hoheitsgebiet verbieten!

Weitere Informationen:

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?dig=2010/07/15/a0140>

<http://www.jungewelt.de/2010/08-27/005.php>

<http://www.geos.ed.ac.uk/scsccs/Pipeline-scoping-CCS-Europe-Arup.pdf> sowie auf der Homepage mit Links zu weiteren Bürgerinitiativen: [www.kein-co2-endlager.de](http://www.kein-co2-endlager.de)

*Bernhard Rensink, Vorsitzender der Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager, Schleswig-Holstein*

**Die BI gehört zu den neuen Gruppen, die in der ersten Hälfte des Jahres 2011 BBU-Mitglied geworden sind. Herzlich willkommen!**

### **Endlagerung von CO2 in Ketzin – bewusste Unklarheiten zum Speicherraum**

Unklare Aussagen über die Speicherung von CO2 im Forschungsspeicher lassen die Einwohner von Havelstädtchen Ketzin im Glauben, dass es sich hier um die Endlagerung im ehemaligen Erdgasspeicher handelt. Allerdings ist dies falsch, da das CO2 in saline Aquifere in noch tieferen Erdschichten unterhalb des aufgegebenen Erdgasspeichers endgelagert wird. Während die Einwohner annehmen, dass der frühere Erdgasspeicher auch für CO2 kein Problem darstellt, gilt dies natürlich nicht für die mindestens zu den Seiten offenen salinen Grundwasserleiter. Es besteht daher die Gefahr, dass das Grundwasser in der Nähe des Erdgasspeichers versauert bzw. versalzen wird. Die Anwohner ahnen nichts von dem Risiko, dass ihr Brunnenwasser in der Zukunft noch nicht mal mehr zum Gießen geeignet sein kann. So stand selbst in der weit entfernt an der niederländischen Grenze erscheinenden Rheinischen Post am 4 Juli 2011 in einem Interview von Herrn Prof. Kühn "Das einzige Forschungsprojekt ist nahe der Stadt Ketzin im Wes-

ten Berlins. Bis 2004 war dort ein Erdgasspeicher in Betrieb. Nun dient er zur Erforschung eines CO<sub>2</sub>-Speichers." Diese Aussage ist eindeutig falsch.

Auch auf der Homepage von IZ-Klima kann man lesen: „Bisher hat der Forschungsspeicher in Ketzin ca. 48.000 Tonnen Lebensmittel-CO<sub>2</sub> eingespeichert, seit dem 4. Mai wird die Speicherung von „richtigem“ Kraftwerks-CO<sub>2</sub> vorgenommen. Dies gab das Deutsche Geoforschungszentrum (GFZ) in Potsdam bekannt, das den Forschungsspeicher in Ketzin nahe Berlin betreut.“ Während der Laie an den Erdgasspeicher denkt, meint der Forschungsleiter Herr Kühn natürlich die salinen Formationen in 700 m Tiefe weit unterhalb des Erdgasspeichers. Das solche Aussagen auf einer Internetseite allerdings die Wahrheit verzerrt sollte ihm klar sein.

Doch wenn man sich bewusst macht, welche Verantwortlichkeiten Herr Prof. Dr.-Ing. habil Dr. rer. nat Michael Kühn alle hat, versteht man diese Aussagen besser. Er ist nicht nur der Leiter des Zentrums für CO<sub>2</sub>-Speicherung im Helmholtz-Zentrum Potsdam – Deutsches GeoForschungszentrum (GFZ), sondern gehört auch dem Beirat von „IZ-Klima Informationszentrum für CO<sub>2</sub>-Technologien e.V.“, einem Lobbyverband für die CCS-Technologie, an. Er hat nicht nur ein Interesse daran die CO<sub>2</sub>-Speicherung im GFZ zu erforschen, sondern auch den Widerstand in Ketzin gegen dieses Projekt gering zu halten und insgesamt die Angst der Bevölkerung vor der Endlagerung von CO<sub>2</sub> zu verringern.

Der Umstand dass inzwischen abgeschiedenes CO<sub>2</sub> aus dem Vattenfall Kraftwerk Schwarze Pumpe in Ketzin endgelagert wird, macht diese unklare Situation für die Menschen in Ketzin umso problematischer. Bei verunreinigtem CO<sub>2</sub> besteht im Gegensatz zum reinen CO<sub>2</sub> ein wesentlich größeres Risiko zur Korrosion in den Injektionsrohren. Auch Grundwasser höherer Schichten kann durch unkontrolliertes Austreten verschmutzt werden.

*Susanne Bareiß-Gülzow, Vorstandsmitglied im VSR-Gewässerschutz*

*Der VSR-Gewässerschutz ist eine Mitgliedsinitiative des BBU, Informationen unter [www.vsr-gewaesserschutz.de](http://www.vsr-gewaesserschutz.de).*

### **Aufruf des BBU zu weiterem Widerstand gegen die CO<sub>2</sub>-Endlagerung**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), in dem etliche Bürgerinitiativen gegen die CO<sub>2</sub>-Endlagerung organisiert sind ruft zu weiterem Engagement vor Ort gegen die CO<sub>2</sub>-Endlagerpläne auf.

Die Notwendigkeit eines starken Widerstandes gegen die CO<sub>2</sub>-Endlagerung wird nach Angaben des BBU besonders in Ketzin (Brandenburg) deutlich. Hier wurden zunächst ca. 50.000 Tonnen Lebensmittel-CO<sub>2</sub> verpresst, seit dem 4. Mai erfolgt auch die Verpressung von „richtigem“ Kraftwerks-CO<sub>2</sub>. Der Bevölkerung wird der Eindruck vermittelt, dass es sich hier um eine Endlagerung in einem ehemaligen Erdgasspeicher handelt. Tatsache ist jedoch, dass das CO<sub>2</sub> in noch tieferen Erdschichten unterhalb des ehemaligen Erdgasspeichers endgelagert wird. Es besteht daher die Gefahr, dass das Grundwasser in der Nähe des Erdgasspeichers versauert bzw. versalzen wird. Konkret erfolgt die Einspeicherung von abgeschiedenem CO<sub>2</sub> aus dem Vattenfall Kraftwerk Schwarze Pumpe.

Jürgen Rochlitz vom Geschäftsführenden BBU-Vorstand kritisiert: "Ketzin mit seinem relativ geringem Endlagervolumen ist quasi ein gefährlicher Reagenzglasversuch, der allerdings überhaupt nicht repräsentativ sein kann, wenn es um die Verpressung von Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> gehen soll. Der Versuch ist kleinräumig und kann daher überhaupt nichts über das Verhalten von CO<sub>2</sub> im Untergrund auf den notwendigen großen Flächen aussagen. Die weitere Einlagerung von Schwarze Pumpe-CO<sub>2</sub> muss verhindert werden, weil die Gefahr besteht, dass die Verunreinigungen in Grund- oder Trinkwasser gelangen."

Der BBU bietet Bürgerinnen und Bürgern in und um Ketzin, aber auch in anderen Orten, Hilfe bei der Gründung von Bürgerinitiativen an. Kontakt: [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), telefonisch unter 0228-214032.

Weitere Informationen zur Kohlendioxid- und CCS-Problematik gibt es im Internet u. a. auf den folgenden Internetseiten, die von Mitgliedsinitiativen des BBU geführt werden:

[www.co2-endlager-stoppen.de](http://www.co2-endlager-stoppen.de), [www.gegen-steinkohlekraftwerk-arneburg.de](http://www.gegen-steinkohlekraftwerk-arneburg.de), [www.kein-co2-endlager.de](http://www.kein-co2-endlager.de), [www.kein-co2-endlager-altmark.de](http://www.kein-co2-endlager-altmark.de), [www.vsr-gewaesserschutz.de](http://www.vsr-gewaesserschutz.de)

*Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 15.07.2011,*

*<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/15.07.11.htm>*

## **Fracking**

### **Die viele Arbeit hat sich gelohnt**

Anfang der Woche waren verschiedene Berichte in den Medien über die kritische Bewertung der Suche nach unkonventionellem Erdgas und die daraus resultierende Ablehnung auf mittlerweile breiter politischer Basis in NRW. Neben den Grünen und den Linken sprechen sich mittlerweile auch die großen Parteien SPD und CDU im Land offen gegen das umstrittene Fracking-Verfahren aus und lehnen eine Erschließung der Erdgasvorkommen in sog. unkonventionellen Lagerstätten in NRW ab. Die Interessengemeinschaften gegen Gasbohren zeigen sich erfreut über diese Entwicklung, die sie selber bei ihrer Gründung im vergangenen Jahr nicht in dieser Form erwartet hätten und erlauben sich auch ein bescheidenes Schulterklopfen. Es ist ausgesprochen aufbauend, dass es uns gelungen ist, in der relativ kurzen Zeit, die anfängliche Goldgräberstimmung im Land wieder einzufangen und auf allen Ebenen zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema zu finden. Die viele Arbeit hat sich gelohnt. Die Menschen im Land, die sich mit dem Thema „Unkonventionelles Erdgas“ beschäftigen, gelangen in der weitaus überwiegenden Zahl nach ganz kurzer Zeit zu dem Schluss, dass dieses Erdgas alles andere als klimafreundlich ist und sehr große Gefahren für Umwelt, Natur und vor allem unser Trinkwasser birgt. Nun ist es aber leider nicht so, dass sich die Kritiker zufrieden zurücklegen könnten. Denn das den Genehmigungen zu Grunde liegende Recht, das Bundesberggesetz ist nach wie vor veraltet und daher nicht ansatzweise geeignet, die Risiken heutiger Förderverfahren zu bewerten. Es muss daher dringend angepasst werden, was aber nur über die Politik in Berlin und Brüssel möglich ist. Und daran arbeiten

die Bürgerinitiativen im Münsterland getreu dem Motto „Was hier nicht mit dem Umweltschutz vereinbar ist, wollen wir auch an anderer Stelle auf dieser Erde nicht haben!“

Den Bürgerinitiativen ist dabei insbesondere wichtig, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass nicht nur die umstrittene Fracking-Methode Gefahren für Mensch und Natur birgt, sondern dass auch ohne Fracking, allein durch die Bohrungen, die bisher nie dagewesene Wegsamkeiten bis in große Tiefen schaffen sowie das an die Erdoberfläche tretende Lagerstättenwasser oder unkontrollierbar austretendes Methangas erhebliche Umweltschäden eintreten können. Aktuelle Forschungsergebnisse aus den USA und Australien, wo bereits seit vielen Jahren unkonventionelles Erdgas gefördert wird, belegen dies.

Es bleibt also noch eine Menge zu tun, was auch der aktuell eingereichte Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten durch die BNK Deutschland GmbH aus Frankfurt am Main, einem Tochterunternehmen der kanadischen BKN Petroleum Inc., belegt. Das Unternehmen möchte sich ein Gebiet reservieren, welches weite Teile des Hochsauerlandkreises, der Soester Börde und einen Teil des Münsterlandes umfasst. Fazit: Der Sekt ist zwar schon kalt gestellt, zum Korkenknullen ist es aber noch zu früh.

Pressemitteilung der IG-gegen Gasbohren Nordwalde vom 28.07.2011. Weitere Informationen unter [www.gegen-gasbohren.de](http://www.gegen-gasbohren.de).

## Kraftwerksneubauten

### **Klima-Saurier im BAYER-Werk Krefeld verhindert!**

Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* (CBG) begrüßt die Entscheidung der Trianel AG, auf den Bau des umstrittenen Kohlekraftwerks auf dem BAYER-Gelände in Krefeld zu verzichten. Das Kraftwerk sollte von der BAYER-Tochterfirma Currenta betrieben werden und Dampfenergie an BAYER liefern.

Philipp Mimkes vom Vorstand der CBG: „Der langjährige Widerstand von Anwohnern und Umweltverbänden hat sich endlich ausgezahlt. Der Bau dieses Klima-Dinosauriers hätte den Umstieg auf regenerative Energien über Jahrzehnte hinweg blockiert!“. Die CBG hatte in den vergangenen Jahren mehrfach in der BAYER-Hauptversammlung vor Tausenden von Aktionären einen Verzicht auf das Kohlekraftwerk gefordert.

Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* fordert jedoch, das alternativ geplante Gaskraftwerk nicht überzudimensionieren. Trianel will statt des Kohlekraftwerks mit 750 Megawatt elektrischer Leistung ein Gas- und Dampfkraftwerk (GuD) mit 1,2 Gigawatt bauen. GuD-Kraftwerke stoßen deutlich weniger Treibhausgase und Schadstoffe aus und sind aus Sicht der CBG als Brückentechnologie akzeptabel. „Diese gigantische Strommenge wird vor Ort jedoch nicht benötigt – und schon gar nicht die dabei anfallende Prozesswärme, die zu großen Teilen den Rhein in ökologisch bedenklicher Weise aufheizen würde. Einen technisch möglichen Wirkungsgrad von über 90 % erzielt man nur mit kleinen Anlagen, die auf die lokalen Bedürfnisse angepasst sind“, so Mimkes weiter.

BAYER hatte sich in dem Genehmigungsverfahren vehement für das Kohlekraftwerk eingesetzt. Der Konzern emittiert jährlich mehr als 8 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> und gehört damit zu den großen Klima-Sündern in Deutschland. Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* fordert das Unternehmen auf, den Anteil regenerativer Energien drastisch zu erhöhen und auf energieintensive Produktionswege zu verzichten.

**Alle Informationen zur Kampagne:** [www.cbgnetwork.org/1885.html](http://www.cbgnetwork.org/1885.html)

Aus Platzgründen leicht gekürzte Pressemitteilung der CBG vom 13.07.2011. Die CBG gehört zu den Mitgliedern des BBU. Weitere Hintergrundinformationen unter <http://www.derwesten.de/nachrichten/im-westen/Aus-fuer-Kohlekraftwerk-in-Krefeld-Trianel-will-auf-Gas-setzen-id4848081.html> und <http://www.bi-saubere-luft.de>.

## Tierschutz

### **AbL verurteilt gewaltsame Bauplatz-Räumung für Masthühner-Agrarfabrik**

Nachdem in Teplingen (bei Lüchow) seit dem Wochenende der Bauplatz einer geplanten 40.000er-Hähnchenmastanlage von Tierschützern und Agrarindustrie-Gegnern besetzt worden war, hat am gestrigen Montagabend ein Trupp von Agrarfabriken-Befürwortern und Sympathisanten des Investors den besetzten Platz mit Treckern und anderen Geräten gewaltsam geräumt. Beobachter äußerten sich bestürzt über die von ihnen beobachtete Aggressivität. Dabei soll es auch zu körperlichen Angriffen und Verletzungen gekommen sein. Die Polizei, die am Sonntag einen Räumungsversuch abgebrochen hatte, erschien erst auf dem Gelände, nachdem die „Tripod“-Gerüste aus hohen Baumstämmen zerstört waren, auf denen sich einige Besetzer in großer Höhe aufgehalten hatten.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bewertet diese Vorgänge als neue Eskalationsstufe in der mittlerweile flächendeckenden Auseinandersetzung um den Bau neuer Agrarfabriken.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung. Quelle: E-Mail der Castor-Nix-Da-Redaktion vom 28.06.2011

Weitere Infos der AbL unter <http://www.abl-ev.de/home.html>. Weitere Infos zur Massentierhaltung (incl. BBU-Positionen) u. a. unter [http://www.sofortiger-atomausstieg.info/index.htm#6a\\_Link](http://www.sofortiger-atomausstieg.info/index.htm#6a_Link)

#### **Impressum**

**BBU-Newsletter Nr. 7/ 2011**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.08.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.